

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter**, Reinhold Bocklet, Klaus Dieter Breitschwert, Manfred Christ, Gerhard Eck, Konrad Kobler, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Roland Richter, Heinrich Rudrof, Ulrike Scharf-Gerlspeck, Klaus Stöttner und **Fraktion CSU**

Drs. 15/10344

Verbesserung der Anbindung des Flughafens München an das bayerische Schienennetz

Am 27. März 2008 haben Bund, Freistaat, DB AG und die Herstellerindustrie festgestellt, dass angesichts der Kostensteigerungen der Transrapid nicht mehr realisierbar und finanzierbar ist. Die Kostensteigerung von 1,85 Mrd. auf 3,4 Mrd. Euro ist für den Landtag nicht nachvollziehbar. Die DB AG sollte dieses Projekt eigenwirtschaftlich planen, bauen und betreiben. Sowohl DB AG als auch Herstellerindustrie waren nicht bereit, gegenüber der Staatsregierung diese enorm gestiegenen Kosten in Höhe von 3,4 Mrd. Euro (das entspricht ca. 90 Mio. Euro pro Kilometer) aufzuschlüsseln.

Nach Feststellung der enormen Kostensteigerung hat die DB Magnetbahn GmbH dem Freistaat Bayern mitgeteilt, dass sie ihren Antrag auf Planfeststellung beim Eisenbahnbundesamt zurückzieht. Deshalb ist das Eisenbahnbundesamt gezwungen, das Planfeststellungsverfahren zu beenden.

Bund, Land und Landeshauptstadt München müssen das gravierende Verkehrsproblem in Bayern – die verbesserte Anbindung des Flughafens München an das Schienenverkehrsnetz – gemeinsam lösen. Damit die Anbindung der Landeshauptstadt nicht zu Lasten des übrigen Regionalverkehrs in Bayern geht, wird die Staatsregierung aufgefordert, beim Bund darauf hinzuwirken, dass die freiwerdenden 925 Mio. Euro überwiegend für wichtige Schienenverkehrsmaßnahmen zur Anbindung des Flughafens eingesetzt werden können. Darüber hinaus soll ein detailliertes Gutachten erstellt werden, das alle Möglichkeiten der Anbindung des Flughafens Münchens an das bayerische Regional- und Schienenfernverkehrsnetz aus allen Landesteilen ergebnisoffen prüfen soll.

Soweit Airport-Express-Lösungen gefunden werden, wird die Staatsregierung aufgefordert, die Landeshauptstadt München in die Pflicht zu nehmen und sie an der Finanzierung angemessen zu beteiligen.

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident